

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Joachim Hagen

21.10.2017 /19.20-19.50 Uhr
22.10.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Studienabbrecher bei der Bundeswehr – Zwangsläufiges Ende einer Offizierskarriere?
- Atomvereinbarung mit dem Iran – Abkommen ohne Zukunft? Interview Dr. Oliver Meier, Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin)
- US-Atomwaffenarsenal – Was sich unter Trump alles ändern wird

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

- Studienabbrecher bei der Bundeswehr - Das zwangsläufige Ende einer Offizierskarriere?
- Nach der Kritik des amerikanischen Präsidenten Trump am Atomvertrag mit dem Iran - hat das Abkommen noch eine Zukunft? Wir sprechen darüber mit einem Experten für internationale Sicherheit. Und:
- Das US-Atomwaffenarsenal - Was sich unter Trump alles ändern wird.

Zu unserem ersten Thema: Das Studium bei der Bundeswehr. „Studieren erster Klasse“ - mit diesem Slogan wirbt die Bundeswehr um zukünftige Offiziere. Die Vorteile: Eine enge Betreuung durch die Professoren, ein festes Gehalt und ein Arbeitsplatz nach dem Studium. Das gilt allerdings nur bei einem erfolgreichen Abschluss. Für Studienabbrecher ist die Karriere bei der Bundeswehr zu ende. Bislang zumindest. Jetzt gibt es zaghafte Überlegungen, auch solchen gescheiterten Studenten eine Chance zu geben. Julia Weigelt berichtet.

Manuskript Julia Weigelt

Atmo Universität

Jetzt aber schnell! Hastig eilen zwei junge Soldaten durch eine Halle der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg, kurz HSU. Sie rücken sich ihr Barett – ihre Kopfbedeckung - zurecht und kommen gerade noch rechtzeitig zum Appell. In einem Innenhof haben sich bereits mehrere Gruppen formiert und warten auf das Startsignal ihres Vorgesetzten. Dann marschieren sie wieder zurück in die Halle, wo die Immatrikulationsfeier der Universität der Bundeswehr stattfindet. Zu dieser Veranstaltung Anfang Oktober sind zahlreiche Ehrengäste gekommen. 680 junge Offiziersanwärter haben in diesem Jahr an der Helmut-Schmidt-Universität ihr Studium aufgenommen.

Leutnant Nick Falkner, Vorsitzender des Studentischen Konvents, will seine Kommilitonen ermutigen:

O-Ton Falkner

„Irgendwann wird es vorkommen in diesen vier Jahren, dass ihr in diesem Studium mal kurz hängen bleibt, vielleicht im Zweitversuch, im schlimmsten Fall seid ihr mal im Drittversuch – alles nicht tragisch, wenn man sich früh genug Hilfe sucht, wenn man am Ball bleibt. Das ist schon Hunderten hier passiert, und jeder hat es am Ende dann doch geschafft.“

Tatsächlich jeder? Damit wäre es an der Bundeswehr-Uni ganz anders als im Rest der Republik: Eine repräsentative Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, die im Juni vorgestellt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass an zivilen Universitäten inzwischen 29 Prozent der Studenten ihr Bachelor-Studium abbrechen. Ist die HSU also ein Ort der Glückseligen, an dem jeder Student seine Prüfungen besteht? Keineswegs. Das Verteidigungsministerium teilte auf Anfrage von NDR Info mit, dass 24 Prozent aller Studenten an den beiden Bundeswehr-Universitäten in Hamburg und München ihr Bachelor-Studium nicht bestehen.

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, macht noch eine andere Rechnung auf. Er zählt auch die Abbrecherquote bei Master-Studiengängen an den Bundeswehr-Unis dazu:

O-Ton Bartels

„Im Schnitt sind es 20 bis über 30 Prozent. Und über die ganze Ausbildungszeit von Offizieren, in den ersten sechs Jahren, in denen ein Offizier mit der Ausbildung an der Offizierschule, Grundausbildung und dem Studium zu tun hat, sind es etwa 40 Prozent, die der Bundeswehr wieder verloren gehen.“

40 Prozent – für den Wehrbeauftragten ist das eine alarmierende Beobachtung.

O-Ton Bartels

„Das halte ich für eine hohe Zahl, angesichts der Tatsache, dass man sich sein Personal in diesem Bereich gut aussuchen kann - auf einen, der genommen wird, kommen sechs, die sich bewerben. Es wird auch die Studieneignung festgestellt. Und wenn wir dann Durchfallquoten haben, die dem nahe kommen, was wir auch im zivilen Bereich haben, dann muss man sich das nochmal angucken.“

Hohe Durchfall- und Abbrecherquoten, obwohl sich die Bundeswehr unter den Abiturienten, die sich bewerben, die besten aussucht. Doch läuft dieser Prozess professionell genug ab? Das fragt auch der Wehrbeauftragte:

O-Ton Bartels

„Meine Frage ist: Kann man nicht noch besser unter den vielen, die sich bewerben, auswählen, wenn es darum geht, Studieneignung und Eignung zum Offizier festzustellen?“

Bartels ist besorgt: Dass junge Leute ihr Studium nicht beenden, komme auch im Zivilen vor. Doch die Bedingungen an den beiden Bundeswehr-Unis in Hamburg und München sind viel besser als an anderen Hochschulen. Die Offiziersanwärter erhalten von Beginn an ein vergleichsweise hohes Gehalt, erhalten ein Zimmer und lernen in kleinen Gruppen. Der Wehrbeauftragte ist der Meinung: Die Abbrecherquote müsste bei den Bundeswehr-Universitäten daher eigentlich viel geringer sein.

Die hohen Zahlen hängen laut Hans-Peter Bartels auch mit der Karriereberatung der Bundeswehr zusammen. Bewerber würden gezielt in freie Kapazitäten

hinein beraten. Das bedeutet: Junge Leute, die eigentlich ein geisteswissenschaftliches Studium anstreben, werde Betriebswirtschaftlehre oder Maschinenbau empfohlen. Doch ein Fach zu studieren, das einen nicht interessiert, führt nur selten zum Erfolg.

Für die Offiziersanwärter hat ein Misserfolg weitreichende Folgen. Wer in den Streitkräften kostenlos und unter guten Bedingungen studieren will, muss sich für eine bestimmte Dauer verpflichten, in der Regel für 13 Jahre. Diese Verpflichtungszeit wird jedoch stufenweise festgesetzt, also zunächst auf eine Dauer von drei bis sechs Jahren. Fällt der Offiziersanwärter bei der Bachelor-Prüfung durch, wird der Vertrag oft nicht verlängert. Der Betroffene muss dann noch seine Restdienstzeit ableisten und die Bundeswehr dann verlassen. Die erhoffte Offizierskarriere geht damit vorzeitig zu Ende. Bisher wurden nur wenige Studien-Abbrecher übernommen, weiß der Wehrbeauftragte:

O-Ton Bartels

„Bisher ist das eine Ausnahme. Der Plan im Ministerium, nach dem, was mir bekannt ist, geht jetzt in die Richtung, dass man 30 Prozent der Abbrecher doch in der Offizierslaufbahn halten will, aber dann natürlich nicht über die Schwelle des gehobenen Dienstes hinaus befördert.“

Die Betroffenen könnten dann maximal bis zum Dienstgrad Hauptmann befördert werden. Bartels begrüßt diesen Plan - er kann sich auch Offiziere ohne Studium vorstellen, die trotzdem einen guten Dienst in der Bundeswehr leisten.

Probleme, die Abbrecher „unterzubringen“, gebe es keine: Schon jetzt seien nicht alle Stellen besetzt, und bis 2024 solle die Bundeswehr um 12.000 Dienstposten aufwachsen.

Studienabbruch gleich Dienstende? Davon hält auch Hauptmann Florian Kling nichts. Der Offizier ist Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal, einem kritischen Forum für Soldaten.

O-Ton Kling

„Man sollte nicht Soldaten, die einen Auftrag nicht geschafft haben, nämlich den Abschluss des Bachelor-Studiums - diese Soldaten sollten nicht einfach aus der Bundeswehr geschmissen werden, sondern man sollte ihnen natürlich auch weiterhin die Möglichkeit bieten, als Unteroffizier bei der Bundeswehr Dienst zu tun. Dafür ist ja kein Studium notwendig.“

Anstatt motivierte Soldaten auszuschließen, sollte vielmehr um sie geworben werden, schlägt Kling vor. Denn die Bundeswehr hat Probleme, die angestrebten Personalzahlen zu erreichen. Florian Kling:

O-Ton Kling

„Das weiß natürlich auch das Verteidigungsministerium. Es hat bisher aber noch nicht die richtigen Regeln und Gesetze geschaffen, um sowas dann auch umzusetzen und hier die Flexibilisierung einzuführen. Das ist natürlich auch schwierig: Das ganze Beamtenrecht der Bundeswehr spiegelt sich aus dem Beamtenrecht der Bundesrepublik Deutschland, und um hier Sonderregelungen rauszunehmen, muss viel beachtet werden.“

Andere Nationen schaffen dies besser, weiß Hauptmann Kling. In den Niederlanden etwa könnten Offiziere auch in die Unteroffizierslaufbahn wechseln.

O-Ton Kling

„Es gibt ja ganz viele spannende und interessante Dienstposten als Unteroffizier. Und wenn dieser Soldat gar keine Lust hat, irgendwo in einem Amt zu enden, im Verteidigungsministerium in einem kleinen Büro zu arbeiten, sondern Lust hat, mit Soldaten zu arbeiten, Lust hat auf Truppe, dann soll man ihm diese Möglichkeit auch einräumen.“

Das Ministerium sollte Studien-Abbrechern ermöglichen, ihre Verpflichtung von 13 Jahren aufrechtzuerhalten, sagt der Sprecher des Darmstädter Signals.

O-Ton Kling

„Man muss um die Soldaten, die die Bundeswehr-Universitäten abbrechen, intensiver werben, man muss sie gezielt ansprechen, man muss ihnen Möglichkeiten schaffen, wie es weitergeht, wenn etwas nicht bestanden ist.“

Eine Möglichkeit wäre es demnach, die Studiendauer zu verlängern und das Studium zu entschleunigen. Denn an den Bundeswehr-Unis wird statt in Semestern in Trimestern und damit deutlich schneller und intensiver studiert. Mit dieser Entschleunigung müsse sich allerdings auch die Gesamtverpflichtungsdauer verlängern, sagt Kling.

Studienabbrecher in der Truppe zu halten, sei schon lange Forderung des Bundeswehrverbandes, berichtet Hauptmann Andreas Steinmetz. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, der Interessenvertretung von Soldaten.

O-Ton Steinmetz

„Es kann ja nicht sein, dass wir händeringend Personal suchen, und auf der anderen Seite Soldatinnen und Soldaten entlassen, nur weil sie in einer bestimmten Verwendung ihr Studium nicht geschafft haben.“

Für Steinmetz ist klar: Ein guter Offizier braucht nicht unbedingt ein Studium, gerade dann nicht, wenn es für seine spätere Verwendung keine Bedeutung hat.

O-Ton Steinmetz

„Für die Beförderung zum Leutnant ist Voraussetzung das Bestehen des Offizierslehrgangs, und nicht das Studium. Viele sind der Meinung, dass das Studium Voraussetzung ist, um Offizier zu werden, das war schon immer falsch und ist es immer noch. Die Frage ist aber schon: In wieweit benötigt der jeweilige Offizier für seine Verwendung dieses Studium. Oder ist, wie in vielen anderen Verwendungen, ich nenne jetzt mal den fliegerischen Dienst, da im Vordergrund nicht das Studium, sondern die Fähigkeit, ein Luftfahrzeug zu führen.“

Studienabbrecher müssten, wenn sie dann doch in der Truppe bleiben, häufig Nachteile erdulden. So würden sie etwa später befördert.

Offiziere mit einem Bachelor-Abschluss, die den weiterführenden Master nicht geschafft haben, oder Offiziere ganz ohne Uni-Abschluss - diesen Kameraden in der Truppe eine Chance zu geben, befürwortet Hauptmann Andreas Steinmetz vom Bundeswehrverband zwar - doch das führe in anderen Bereichen zu Verstimmungen:

O-Ton Steinmetz

„Und jetzt kommt es eben zu der Situation, dass heutzutage Unteroffiziere durchaus eine höhere Qualifikation haben können, indem sie einen Meister haben, eine Fachhochschulreife, und dazu noch entsprechende Ausbildungsgänge bei der Bundeswehr haben, als der junge Leutnant-Bachelor. Das ist eines der Grundprobleme. Das trifft nicht nur auf Kameraden zu, die ihr Studium abgebrochen haben, sondern auf viele andere Bereiche auch.“

Langjährige Unteroffiziere, die mehr Erfahrung und Fachwissen haben als Offiziere, aber trotzdem weniger Kompetenzen und Gehalt bekommen? Andreas Steinmetz kennt die Folgen:

O-Ton Steinmetz

„Es gibt eine Unzufriedenheit im Unteroffizierkorps, weil gerade unter dem Aspekt ‚lebenslanges Lernen‘ der Wissenszuwachs, der Kompetenz- und Fähigkeitszuwachs eben nicht oder zu wenig wertgeschätzt wird.“

Steinmetz fordert deswegen, auch Fortbildungen innerhalb der Bundeswehr zu dokumentieren. Wer sich intensiv fortbilde, müsse besondere Zulagen - also mehr Geld erhalten.

Das Verteidigungsministerium hat erkannt, wie viel Potenzial durch die Dienstzeitverkürzung bei Studienabbrechern vergeudet wird. Geplant ist daher, zukünftig bis zu einem Drittel der Betroffenen in eine Laufbahn für Offiziere ohne Studium aufzunehmen. Zudem führt die Helmut-Schmidt-Universität nach Angaben einer Ministeriumssprecherin gerade eine Untersuchung zu den Gründen der Studienabbrüche durch. Ein Zwischenbericht wird für den Herbst 2018 erwartet. Das sind allerdings nur erste Schritte. Weitere müssten folgen.

* * *

Hagen

Die Bundeswehr will auch Studienabbrechern eine Chance geben - Julia Weigelt berichtete.

Für den amerikanischen Präsidenten Donald Trump ist der Iran ein Schurkenstaat. Der Staat sei der weltweit größte Förderer des Terrorismus, so Trump. Das von ihm schon oft kritisierte Atomabkommen mit dem Iran hat Trump zwar nicht aufgekündigt, aber er forderte den Kongress auf, Sanktionen zu verhängen und das Abkommen nach zu verhandeln. Wenn das nicht gelinge, dann werde er das Abkommen kündigen. Oliver Meier ist der stellvertretende Forschungsgruppenleiter für Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft

und Politik: Ist das realistisch - kann man das Atomabkommen nachverhandeln?

Interview Joachim Hagen / Dr. Oliver Meier

Meier: Also erstmal muss man glaube ich sagen, dass es hier der amerikanischen Regierung im Moment gar nicht darum geht, das wirklich nach zuverhandeln. Im Sinne, dass hier ein neues Geben und Nehmen tatsächlich ausgehandelt wird und auch dem Iran etwas angeboten wird. Sondern es geht darum, zusätzliche Bedingungen aufzuzwingen und einzuführen in dieses Abkommen, das ja schon steht. Hier sollen neue „trigger“, wie es in den USA heißt, eingeführt werden, bei denen das Abkommen automatisch scheitern soll. Grundsätzlich wäre es natürlich möglich, dieses Abkommen nach zu verhandeln, aber eben nur, wenn tatsächlich alle Parteien auch bereit wären das zu tun. Und diese Bereitschaft ist eben bei keiner der Parteien zu erkennen, außer in den USA. Wenn man das Paket aufschnürt, das eben sehr kompliziert ist und eben in vielen Jahren zusammengeschnürt wurde von den Verhandlungspartnern, dann muss man eben sehen, wie die neuen Teile, die man da hinein tun will, passen. Auch da ist das bisher nicht zu erkennen, wie es möglich wäre, ein neues Paket zu schnüren. Eine andere Möglichkeit wäre es – und das hat der französische Präsident ins Spiel gebracht – ein Folgeabkommen auszuhandeln. Also mit dem Iran darüber zu reden, was denn passiert, wenn dieses jetzige Iran-Abkommen ausläuft. Auch daran sind die USA bisher jedenfalls nicht interessiert.

Hagen: Was sind das für „trigger“, wie Sie es genannt haben, was sind das für Bedingungen, die die Amerikaner in dieses Abkommen hineinschreiben würden?

Meier: Also drei zusätzliche Dinge will man hier mindestens berücksichtigt haben. Es heißt, dass der Kongress ein neues Gesetz verabschieden soll, bzw. das vorhandene Gesetz so ändern soll, dass, wenn der Iran eine Interkontinentalrakete testet, dieses Abkommen sofort scheitern soll. Wenn der Iran neue Kapazitäten zur Urananreicherung aufbaut, die das Land in die Lage versetzen,

innerhalb von weniger als einem Jahr eine Atomwaffe herzustellen. Auch dann soll das Atomabkommen scheitern. Und schließlich soll die Laufzeit des Abkommens verändert werden, so dass eben hier dieses Abkommen dann nicht nach 10 bis 25 Jahren, je nachdem, welche Bestimmungen man sich anguckt, ausläuft. Es soll eben auf unbegrenzte Zeit laufen. Und alles drei sind Kernpunkte der Verhandlungen gewesen, das sind also keine Kleinigkeiten, die hier geändert werden sollen, sondern essentielle Bestandteile dieses Abkommens.

Hagen: Kann denn Trump aus dem Iran-Abkommen ohne Zustimmung des Kongresses überhaupt aussteigen? Denn davon hängt es ja jetzt ab, ob der Kongress diese Sanktionen wieder einführt, die damals ausgesetzt worden sind. Und kann Trump aus diesem Abkommen aussteigen, ohne die Zustimmung des Kongresses?

Meier: Also das Abkommen selbst, die Vereinbarung, ist kein Vertrag. Sondern man hat damals einen anderen Weg gewählt. Es ist eine Vereinbarung, die damals geschlossen worden ist, die dann durch den Sicherheitsrat indossiert worden ist, wie man sagt, in einer Sicherheitsratsresolution 2231. Und die wurde kurz nach dem Erfolg der Verhandlungen dann noch einmal verabschiedet. Dieses Abkommen, diese Vereinbarung, enthält keine Ausstiegsklausel. Das muss man auch klar sagen. Aber es gibt natürlich die Möglichkeit, das Abkommen einfach scheitern zu lassen und auch da gibt es zwei Wege, dieses Abkommen scheitern zu lassen. Die harte Variante, die die USA im Moment nicht verfolgen wollen, ist, den sogenannten Snap Back-Mechanismus zu aktivieren. Das heißt, jede der Parteien kann der anderen eine Vertragsverletzung vorwerfen, und die ständigen Sicherheitsratsmitglieder haben dann in einem etwas komplizierten Verfahren die Möglichkeit tatsächlich, das Verfahren so weiterzutreiben, dass am Ende Sanktionen automatisch wieder verhängt werden müssen. Das würde sicherlich zu großen Verwerfungen führen, wenn die USA, obwohl der Iran das Abkommen einhält, diese Variante verfolgen. Aber man kann natürlich, und das ist die zweite Möglichkeit, substantielle Elemente einfach nicht mehr umsetzen. Und dann eben auch der anderen Seite auch den Anreiz nehmen, weiter daran mitzuwirken, dass dieses Abkommen umgesetzt wird. Und das ist die Variante, die im Moment die amerikanische Regierung verfolgt,

indem sie hier eben bestimmte Elemente ändern will und damit droht, Sanktionen wieder zu verhängen, deren Aufhebung unter dem Abkommen zwingend vorgeschrieben ist.

Hagen: Welche Folgen hätte das, wenn diese Sanktionen wieder eingeführt werden? Würde das die Iraner dazu bringen, sofort ihrerseits das Abkommen aufzuheben?

Meier: Das ist schwer abzuschätzen. Der Handel mit den USA ist natürlich begrenzt. Von daher hätte die Wiederverhängung der Sanktionen durch die USA erst einmal gar nicht so große Auswirkungen auf den Handel des Iran. Das Problem könnte eher sein, dass die USA in der Vergangenheit sogenannte Sekundärsanktionen verhängt haben. D.h., sie haben auch versucht, europäische und auch andere Unternehmen zu zwingen, sich an die amerikanischen Sanktionsbestimmungen zu halten, indem sie damit drohen, dass solche Unternehmen, beispielweise europäische Unternehmen, die weiter mit dem Iran handeln, dann vom Geschäft in den USA ausgeschlossen werden. Und diese extra-territorialen Sekundärsanktionen sind das eigentliche Problem, das im Hintergrund lauert, weil es das natürlich sehr teuer für die Europäer machen würde, ihre Handelsbeziehungen zum Iran aufrecht zu erhalten, wenn die USA ihre Sanktionen hier wieder verhängen.

Hagen: Aber das ist ja auch das, was die Europäer besonders kritisiert haben, dieser Zusammenhang zwischen amerikanischen Sanktionen und Europa. Würde das das eh schon angeknackste transatlantische Verhältnis noch stärker bedrohen?

Meier: Also ich glaube, der Schaden ist zum Teil schon jetzt angerichtet worden. Im Hintergrund wird eben deutlich, dass die USA und auch die Europäer grundsätzlich unterschiedliche Sichtweisen auf die Region, auf den Mittleren Osten haben. Die Europäer sehen den Iran zumindest potentiell nach wie vor als einen möglichen Partner bei der Bearbeitung der vielfältigen Konflikte in der Region. Die USA haben eben mit der Rede von Donald Trump noch einmal sehr deutlich gemacht, dass sie den Iran als Wurzel fast allen Übels in der Re-

gion sehen und von daher ist diese transatlantische Kluft ein Stück weit schon da und zeigt sich eben hier in diesem Abkommen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, dass die USA dann auch Sanktionen wieder verhängen, die auch europäische Unternehmen betreffen, dann wäre der Schaden in der Tat sehr groß und die Europäer wären in einer sehr unangenehmen Situation, in der sie sich entscheiden müssten, eben auch hohe finanzielle Kosten möglicherweise zu tragen, um diese Sanktionen abzuwehren. Oder eben hier den USA an die Seite zu springen und dieses Abkommen scheitern zu lassen.

Hagen: Kommen wir doch einmal zu der Begründung, warum Trump das Abkommen infrage stellt. Zum einen sagt er, dass der Iran der größte Förderer des Terrorismus ist, zudem habe er gegen den Geist des Abkommens verstoßen, u.a., weil das Land Raketen getestet hat. Ist da nicht an diesen Vorwürfen auch etwas dran?

Meier: In der Tat, der Iran hat Raketen getestet. Auch sehr schnell, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist. Und das ist ein Problem, weil die Sicherheitsratsresolution, die die Atomvereinbarung beinhaltet, den Iran explizit dazu auffordert, solche Tests zu unterlassen und ballistische Raketen nicht zu entwickeln, die eben dann auch Atomsprengköpfe tragen könnten. Aber es ist dem Iran auch in dieser Sicherheitsratsresolution nicht verboten, Raketen zu entwickeln. Und das hat der Iran damals auch explizit verhindert. Und es ist auch allen Beteiligten klar, dass ein solches Verbot mit dem Iran nicht durchzusetzen war. Das Atomabkommen selbst, die Vereinbarung, die zwischen den EU 3 plus 3 und dem Iran hier vereinbart worden ist, enthält eben gar keine Bestimmungen zu den Raketen. Sondern dieses Abkommen ist ganz eng gefasst auf den Nuklearbereich und die Sanktionen, die hier damit zusammenhängen. Und das war auch eine bewusste Entscheidung, muss man sagen, die Reichweite dieses Abkommens zu begrenzen, um es überhaupt möglich zu machen.

Hagen: Die Bundesregierung befürchtet ja, dass bei einer Kündigung des Iran-Abkommens auch andere internationale Verträge geschwächt würden, weil die Vereinigten Staaten ja nun gezeigt haben, dass sie sich nicht daran gebunden fühlen. Ein Argument mehr wäre das zum Beispiel für Nordkorea, einen Vertrag

über den Abbau seines Atomarsenals eben nicht zu schließen. Ist diese Befürchtung der Bundesregierung jetzt berechtigt?

Meier: Ja, das ist tatsächlich ein Problem. Dass ein Scheitern dieser Vereinbarung mit dem Iran Auswirkungen hätte zunächst einmal auch auf den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag insgesamt, der ja internationale Anstrengungen zur Kontrolle von Atomwaffen und von Atomtechnologie insgesamt regelt. Diese Vereinbarung mit dem Iran ist damals im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages ausgehandelt worden und auch auf der Grundlage von Bestimmungen. Die Internationale Atomenergieorganisation ist eingebunden und hat dem Iran mehrfach bescheinigt, auch hier tatsächlich das Abkommen zu befolgen. Wenn trotzdem diese Vereinbarung scheitert, dann wirft das natürlich einen dunklen Schatten über mögliche andere Versuche, ähnliche Konflikte beizulegen. Und das erste Beispiel, das deutlichste Beispiel ist natürlich Nordkorea. Und die Glaubwürdigkeit der USA würde natürlich einen schweren Schaden nehmen, wenn man hier dieses Abkommen, zu dem sich die vorherige Administration sehr deutlich bekannt hat, jetzt, wenige Monate, nachdem die neue Administration im Amt ist, scheitern lässt. Das ist tatsächlich zu befürchten, dass hier andere Bemühungen schweren Schaden nehmen.

* * *

Hagen

Oliver Meier von der Stiftung Wissenschaft und Politik über die Zukunft des Iran-Abkommens. Das vollständige Interview können Sie sich auf unserer Internetseite unter ndr.de/streitkraefte anhören.

Wir bleiben bei den überraschenden Wendungen der amerikanischen Politik. US-Präsident Trump muss in wenigen Monaten seine Nuklear-Strategie bekannt geben - also seine Entscheidung, was mit den Atombomben und mit den Trägersystemen passieren soll. Klar ist bislang nur, dass Trump nicht den Weg gehen will, den sein Vorgänger Obama eingeschlagen hatte. Hören Sie dazu eine Analyse von Otfried Nassauer.

Manuskript Otfried Nassauer

Wenn Donald Trump über Atomwaffen twittert oder redet, ist die Verwunderung oft groß. Das wichtigste atomare Rüstungskontrollabkommen mit Russland, den New-START-Vertrag nannte er kurzerhand ein „einseitiges Geschäft“ zum Vorteil Russlands. Putins Angebot, die Laufzeit dieses Vertrages um 5 Jahre zu verlängern, schlug er aus. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit behauptete er, eine umfassende Modernisierung der Nuklearstreitkräfte in Auftrag gegeben zu haben, von der niemand wusste. Und vor drei Monaten soll er bei einer Sitzung im Weißen Haus sogar eine Verzehnfachung des Atomwaffenbestandes der USA für notwendig gehalten haben. Oft werden solche Äußerungen schnell widerrufen, uminterpretiert oder zu Fake News erklärt. Trumps Grundhaltung spiegelt sich wohl am ehesten in einer Aussage vom vergangenen Februar wider:

O-Ton Trump (overvoice)

„Es wäre wunderbar, wenn wir vereinbaren könnten, dass kein Land Atomwaffen hat. Wenn und solange aber Länder Atomwaffen haben, werden wir an der Spitze des Rudels stehen.“

In den nächsten Monaten muss Donald Trump konkreter werden. Er muss dem US-Kongress einen Bericht über die Zukunft des Atomwaffenpotentials der USA und über die künftige Rolle nuklearer Waffen vorlegen - den sogenannten Nuclear Posture Review. Das Gesetz fordert von jedem US-Präsidenten, der zum ersten Mal ins Amt gewählt wird, ein solches Dokument. Trump hat die Studie kurz nach seinem Amtsantritt in Auftrag gegeben. Seit April ist sie offiziell in Arbeit. Militärexperten aus Think Tanks und die Generalität betreiben jetzt die Lobbyarbeit für ihre Vorschläge, wie Trumps Nuclear-Strategie sich von der seines Vorgängers Obama unterscheiden sollte.

Schon Barack Obamas Nukleardokument hatte es in sich: Es sah vor, in den nächsten Jahrzehnten alle Trägersysteme für Atomwaffen der USA durch neue Systeme zu ersetzen. Zugleich sollten alle fünf Typen von atomaren Sprengsätzen modernisiert werden, die die USA bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts behalten wollen. Ein Programm, das über 30 Jahre geschätzt etwa 1.000 Milliarden Dollar oder mehr kosten würde. Was also soll unter republika-

nischer Führung auf dieses allumfassende und irrwitzig teure Vorhaben noch draufgesattelt werden?

Adam Smith, der Sprecher der Demokraten im Verteidigungsausschuss des Repräsentantenhauses, brachte das Dilemma bei einer Konferenz in Washington im Juli auf den Punkt:

O-Ton Smith (overvoice)

„Im Grunde versetzen uns die Generäle und die Leute aus den Denkfabriken in Angst und Schrecken, weil wir bei allem und jedem hinterherhinken (...). Die Botschaft, die massiv verbreitet wird, ist Panik: Sie müssen uns mehr Geld geben. (...) Was wirklich beunruhigend ist, ist das Fehlen einer Strategie, die Abwesenheit von: Okay, hier ist unser Bedarf, hier sind die Ressourcen, mit denen wir vernünftigerweise rechnen können und hier sind unsere Prioritäten. Das ist das, was nicht gemacht wurde.“

Es sind vor allem konservative zivile Militärexperten aus dem Umfeld der Republikaner, die versuchen, neue Vorschläge einzubringen. Sie möchten, dass Trump in seinen Nuclear Posture Review die Analyse der Bedrohungen in den Vordergrund rückt. Bedrohungen, aus denen Forderungen nach zusätzlichen Waffenprogrammen und Fähigkeiten abgeleitet werden können.

Hans Kristensen, Nuklearexperte bei der Vereinigung Amerikanischer Wissenschaftler, beschreibt diesen neuen Ansatz so:

O-Ton Kristensen (overvoice)

„Ein Punkt hat mit dem internationalen Klima zu tun. Sie werden wahrscheinlich argumentieren, dass sich die Lage geändert hat, dass es nicht länger eine positive Beziehung zu Russland gibt, sondern dass Russland jetzt ein Gegner ist. Das wird wohl den Ton des Nuclear Posture Reviews bestimmen.“

Daneben sei vor allem mit zwei Vorschlägen zur Atomwaffenmodernisierung zu rechnen: Zum einen sollen künftig auch die Langstreckenraketen der USA mit Atomwaffen ausgestattet werden, deren Sprengkraft variabel eingestellt werden kann. Außerdem sollen diese Waffen deutlich zielgenauer werden. Solche Waffen brauche man, um ungewollte Kollateralschäden zu vermeiden. Das würde diese Waffen deutlich flexibler nutzbar machen und damit auch die Schwelle vor dem Einsatz senken.

Hans Kristensen hält das für überflüssig:

O-Ton Kristensen (overvoice)

„Was da natürlich fehlt ist die Tatsache, dass die USA bereits mehr als 1.000 nukleare Sprengköpfe besitzen, Sprengköpfe für Marschflugkörper und für Atombomben, die schon über eine sehr niedrige Sprengkraft verfügen. Das Neue wäre also, diese Fähigkeiten auch noch bei ballistischen Raketen einzuführen. (...) Es ist eine grundsätzliche Strategie im amerikanischen Militär, dass sie versuchen, die Zielgenauigkeit und die Effizienz nuklearer Waffen zu vergrößern, damit die Sprengkraft der Waffen verkleinert werden kann. So bekommt der Präsident die Möglichkeit, Atombomben einzusetzen, die geringere Kollateralschäden verursachen.“

Ein zweiter Vorschlag resultiert aus dem wiederholten Vorwurf, Russland verletze den vor 30 Jahren geschlossenen Vertrag über das Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen mit Reichweiten von 500 bis 5.500 Kilometern. Moskau habe einen landgestützten Marschflugkörper dieser Reichweite getestet und stationiere diesen inzwischen, so die Behauptung. Auch wenn der Öffentlichkeit dafür bislang kein klarer nachvollziehbarer Beweis vorgelegt wurde, folgt daraus eine Forderung. Washington soll ebenfalls ein landgestütztes Marschflugkörper-System entwickeln und zur Stationierung in Europa vorhalten.

Die zuständigen amerikanischen Generäle reagieren überwiegend zurückhaltend. Sie sind sich zwar einig, dass sie erheblich mehr Geld wollen. Das „Wofür“ bleibt aber meist vage. Sie wollen sich keine Verpflichtungen aufhalsen, spezifische neue Waffensysteme neu einzuplanen. Sie wissen zu genau, dass dies auf Kosten des für konventionelle Waffen verfügbaren Gelds gehen würde. Zudem könnte es einen neuen atomaren Rüstungswettlauf hervorrufen und die Notwendigkeit, gegen geltende Rüstungskontrollabkommen zu verstoßen.

Die Militärs wissen auch, dass viele der atomaren Modernisierungsvorhaben, die sie der Regierung Obama verkauft haben, deutlich teurer werden als geplant und auch länger dauern als angekündigt. Sie wollen keine unbegrenzte, maßlose und nicht finanzierbare nukleare Aufrüstung in Gang zu setzen. Mit der Maxime der amerikanischen Nuclear-Strategie unter der Regierung Obama und deren Modernisierungsplänen, einem „Weniger ist mehr“, können sie im Grundsatz gut leben.

Wird Trumps Nuclear Posture Review Auswirkungen für Europa haben? Unweigerlich. Die USA sind die entscheidende Nuklearmacht in der NATO. Obama's Bericht fand 2010 unmittelbar Widerhall in der westlichen Allianz. Er schrieb die nukleare Teilhabe und die Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen in Europa auf Jahrzehnte neu fest und stellte damit auch Weichen für die geplante Modernisierung der Nuklearwaffen in Europa. Die NATO wird über die Auswirkungen des Trump'schen Nuclear Posture Reviews beraten. 2018 ist ein NATO-Gipfel geplant, bei dem Konsequenzen für das Bündnis beschlossen werden können.

* * *

Hagen

Mit dieser Analyse der Trump'schen Nuklear-Pläne geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu Ende. Sie können sich diese Sendung auch als Podcast herunterladen, ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Am Mikrofon war Joachim Hagen.